



6.1.4 Staatliche Zuständigkeiten im Völkerrecht

Prüfungsfrage !

Nennen Sie drei Prinzipien, nach denen die völkerrechtliche Zuständigkeit von Staaten bestimmt werden kann!

Im Zusammenhang mit der Ausübung der Staatsgewalt in Verbindung mit dem oben erörterten Treueverhältnis zwischen dem Staat und seinen Staatsangehörigen stellt sich die Frage der völkerrechtlichen Zuordnung staatlicher Zuständigkeiten. Diese Frage wurde insbesondere im Falle Pinochets und Öcalans diskutiert. Pinochet sollte in Spanien angeklagt werden, Öcalan in Italien bzw. Deutschland Zur Bestimmung staatlicher Zuständigkeitsbereiche gibt es 5 Prinzipien:

- **Territorialitätsprinzip (Gebietshoheit, s. Kap. 6.1.3)**
- **Staatsangehörigkeitsprinzip (Personalhoheit s. Kap. 6.1.3)**
- **Passives Personalitätsprinzip:** Danach besteht die Zuständigkeit des Staates für im Ausland begangene Taten gegen seine Staatsangehörigen
- **Schutzprinzip:** Der Staat ist auch für Verhaltensweisen zuständig, die außerhalb seines Staatsgebietes ausgeübt werden und seine Sicherheit bedrohen. Dies gilt jedoch nur, wenn dieses Verhalten allgemein in der internationalen Gemeinschaft für strafbar gehalten wird
- **Universalitätsprinzip (Weltrechtsprinzip):** Die Strafhoheit aller Mitglieder der Staatengemeinschaft wird für Verhaltensweisen begründet, die universell für alle Staaten und ihre Bürger gefährlich sind (z.B. Piraterie auf hoher See)

Prüfungsfrage !

Nennen Sie zwei (aktuelle) Beispielfälle, in denen die völkerrechtliche Zuständigkeit eines Staates zur Strafverfolgung erörtert wurde!



6.1.5 Bestand & Untergang von Staaten

Staaten können neu entstehen, aber auch untergehen (z.B.: Zerfall der Sowjetunion).

Entstehen eines Staates:

Bei einer **Sezession** entsteht ein neuer Staat. **Definition Sezession:** Der Vorgängerstaat bleibt auf verkleinertem Gebiet bestehen (z.B. baltische Staaten und Russland). Weiterhin kann ein neuer Staat durch **Fusion** entstehen (z.B. Jemen 1990).

Simulationsfrage !

Was ist eine Debellatio?

Was ist eine Dismembration?

Untergang eines Staates:

Es gibt verschiedene Möglichkeiten des Untergangs von Staaten:

- **Debellatio**
Eines der drei Staatselemente, in der Regel die Staatsgewalt, fällt auf Dauer weg.
- **Dismembration**
Der Vorgängerstaat geht unter und zerfällt in mehrere Einzelstaaten (z.B. CSFR in Tschechien und Slowakei).

Staaten, bei denen aus rein innerstaatlichen Gründen die Staatsgewalt zusammengebrochen ist, werden als **Failed State** bezeichnet. Bei diesen Staaten ist aufgrund von Unruhen o. ä. die staatliche Ordnung zerfallen, Teilgebiete werden oft nur noch von Warlords kontrolliert, auf die evtl. Reste der Staatsgewalt keinen Einfluss mehr haben.

Prüfungsfrage !

Was versteht man unter einem *failed state*?



6.2 Deutschland als Völkerrechtssubjekt nach 1945

6.2.1 Identitäts- und Alleinvertretungsanspruch



Die Bundesrepublik Deutschland definierte sich nach dem Ende des 2. Weltkriegs als Nachfolgerin des deutschen Reichs und vertrat nach dessen Untergang den alleinigen Identitäts- und Alleinvertretungsanspruch. Die **Hallstein-Doktrin** (benannt nach Walter Hallstein, Staatssekretär im AA) begründete diesen **Alleinvertretungsanspruch** und wurde seit 1955 Grundsatz der Deutschlandpolitik:

Prüfungsfrage !

Wann und durch welchen Vertrag wurde das Gebot der Nichteinmischung zwischen der Bundesrepublik und der DDR geregelt?

Es wurden keine Beziehungen zu Staaten aufgenommen oder aufrechterhalten, die die DDR diplomatisch anerkannten (mit Ausnahme der UdSSR).

Welcher völkerrechtliche Grundsatz kommt durch das Gebot zum Ausdruck?

Erst ab 1969 lockerte die Deutschland- und Ostpolitik Willy Brandts das Verhältnis der Bundesrepublik zur DDR (s. Lernskript Geschichte). Der Alleinvertretungsanspruch wurde aufgegeben. Die Festschreibung des Gebotes der Nichteinmischung zwischen beiden deutschen Staaten erfolgte mit dem Abschluss des **Grundlagenvertrages** zwischen der Bundesrepublik und der DDR 1972.

Prüfungsfrage !

Was ermöglichte 1973 den Beitritt der Bundesrepublik zu den VN?

Dies ermöglichte 1973 den **Beitritt beider deutschen Staaten** zu den Vereinten Nationen (Die Bundesrepublik hatte seit 1952 lediglich **Beobachterstatus** bei den Vereinten Nationen(VN)). In der **Londoner Erklärung** achtet die Bundesrepublik seit dem 3.10.1954 im Zusammenhang mit dem NATO-Beitritt die in Art. 2 VN-Charta niedergelegten Grundsätze).



6.2.2 Die Wiedervereinigung

Das Grundgesetz sah für die Wiedervereinigung zwei Möglichkeiten vor:

- eine neue Verfassung gem. Art. 146 GG
- ein Beitritt nach Art. 23 Abs. 2 GG.

Vor dem Beitritt zum 03. Oktober 1990 gem. Art. 23 Abs. 2 GG wurden **drei völkerrechtliche Verträge** zwischen der Bundesrepublik und der DDR geschlossen:

1. **Staatsvertrag** zur Begründung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion
2. **Wahlvertrag** zur gesamtdeutschen Wahl
3. **Einigungsvertrag** mit Beschluss über den Beitritt und Inkrafttreten des GG in der DDR.

Prüfungsfrage !

Mit welchem Vertrag erlangte die Bundesrepublik die volle Souveränität?

Zusätzlich schlossen beide deutschen Staaten 1990 den Souveränitätsvertrag mit den vier ehemaligen Siegermächten (daher **2+4 Vertrag**). Dieser legte fest:

- Endgültige Festschreibung des Territoriums eines einheitlichen deutschen Staates
- Verzicht auf ABC-Waffen
- Reduktion der Streitkräfte auf 370.000 Mann
- Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Deutschland
- Beendigung des Viermächterechts
- Volle Souveränität (rein deklaratorisch)
- Aufgabe des Vier-Mächte-Status für Berlin (bestehend seit 1945, angepasst im Viermächteabkommen von 1971: oberste Gewalt im Ostsektor für die UdSSR, in den Westsektoren für die Westmächte)



6.3 Internationale Organisationen

Internationale Organisationen sind Verbindungen von Völkerrechtssubjekten durch völkerrechtliche Verträge. Als solche sind sie selbst Völkerrechtssubjekte

Diese sog. International Governmental Organizations (IGO) sind zu unterscheiden von den Non Governmental Organizations (NGO, z. B. Amnesty International), die keine Verbindungen von Völkerrechtssubjekten darstellen und auch nicht durch völkerrechtliche Verträge gegründet werden. NGOs sind daher meist selbst keine Völkerrechtssubjekte (eine Ausnahme ist das Internationale Komitee des Roten Kreuzes IKRK).